

„Wir sitzen zwischen allen Stühlen“

Klaus Mosche Pülz und der „Verein zur Förderung des messianischen Glaubens in Israel“

GUNTERSBLUM - Das Weihnachtsfest fiel in diesem Jahr aus - zumindest in Bethlehem. Wo sich sonst Jahr für Jahr Zehntausende von Christen einfinden, um die Geburt Jesu zu feiern, erschüttern seit vielen Wochen Kämpfe das Heilige Land. Fast täglich flimmern in den Nachrichten Bilder von getöteten Israelis und Palästinensern über den Bildschirm.

Von unserem
Redaktionsmitglied
Beate Nietzel

Eine unruhige Zeit auch für Klaus Mosche Pülz, in dessen Arbeit Theologie und Politik, Vergangenheit und Gegenwart ineinander fließen. Der Mann, der sich vor Jahrzehnten schon die Annäherung zwischen Christen und Juden auf die Fahnen geschrieben hat, pendelt regelmäßig zwischen Guntersblum und Israel. Er ist Vorsitzender von „Zelem“, dem „Verein zur Förderung des messianischen Glaubens in Israel“ und finanzieller Träger der israelischen Gemeinschaft bekennender messianischer Juden, der Judenchristen. Die „Messianische Bekenntnisgemeinschaft“ wurde im Jahre 1980 in Israel gegründet.

Jüngst griff Pülz ein in die Diskussion um den Aufsehen erregenden Tod eines Deutschen Mitte November, das erste ausländische Opfer seit dem Ausbruch der Gewalt. Ha-

rald Fischer, angeblicher Arzt in Beit Dschalla, wurde bei einem israelischen Raketenangriff vor seinem Haus von Kugeln durchsiebt. Der 68-Jährige lebte seit 1981 mit seiner palästinensischen Frau im Westjordanland.

Fischer war jedoch kein Arzt, wurde vielmehr von Klaus Mosche Pülz aufgrund mangelhafter Qualifikation aus der „Siloah Blinden- und Aussätzigen-Mission“ in Beit Dschalla, bei der er im Dezember 1980 als medizinische Hilfskraft zu arbeiten begann, noch während der Probezeit entlassen. Der gebürtige Maschinenschlosser aus Gummersbach, lange Jahre beim dortigen Roten Kreuz aktiv, gab vor, in Kenia Medizin studiert zu haben, „kannte jedoch auf Befragen keine einfachen lateinischen Fachbegriffe“, berichtet Pülz.

Dankbar für diese Informationen zeigte sich auch Ulrich W. Sahm, Israel-Korrespondent unserer Zeitung, der mit Pülz lebhaften Austausch

pflegt. Auch mit anderen namhaften Publizisten verbindet den Guntersblumer regen Kontakt. Axel Springer, Zeit seines Lebens nimmermüder Fürsprecher des Staates Israel, sprach ihm in mehreren persönlichen Schreiben seine Anerkennung für dessen Arbeit aus. In der Zeitschrift „Bote neues Israel“ und etlichen Buchveröffentlichungen streitet Klaus Mosche Pülz für die Förderung des messianischen Glaubens in Israel, beleuchtet das Thema Antisemitismus, diskutiert die Zukunft Israels inmitten der Nationen.

„Dem jüdischen Volk den eigenen Messias nahe bringen“: das empfinden Klaus Mosche Pülz und seine Mitstreiter als einen wesentlichen Auftrag. Pülz, einst leitend im zweitgrößten Chemie-Konzern der Welt tätig und im Besitz der deutschen und israelischen Staatsbürgerschaft, verbringt jeweils rund die Hälfte eines Jahres im Heiligen Land, wirkt als Pastor der judenchristlichen Gemeinde in Herzliya. „Den Status des Judenchristen gibt es offiziell in Israel nicht“, erzählt er, schätzt aber deren Zahl auf 20- bis 30 000. „Wir sitzen zwischen allen erdenklichen Stühlen“, weiß er, zumal

die israelischen Zeitungen zuweilen stark polemisierten. „Juden, die an Jesus glauben, treten nicht an die Öffentlichkeit“, berichtet Pülz. Grundlage für seine Arbeit ist stets die Heilige Schrift. Zahllose Zettel und handschriftliche Anmerkungen prägen die Bibel auf dem Schreibtisch im Guntersblumer Neubaugebiet. Auch das letzte Kapitel der zweibändigen Guntersblumer Chronik ist – nicht zuletzt in Gedenken an die einstigen jüdischen Bürger des Ortes – dem Verein „Zelem“ gewidmet.

Bei den messianischen Juden handle es sich, so erläutert die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, um Juden, die Jesus als den bereits gekommenen Messias anerkennen, mit diesem Glauben aber im Judentum und vor allem im Verbund ihrer jüdischen Volkszugehörigkeit verbleiben wollen. „Mit den Judenchristen hat die Geschichte der Kirche begonnen“, ist Pülz überzeugt. Während die christlichen Konfessionen verdrängt hätten, dass Jesus ein Jude war, gelte es, die jüdischen Mitmenschen an die Liebesbotschaft der Bergpredigt heran zu führen.

Noch engere Zusammenarbeit vereinbart

„Runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit“ diskutierte Möglichkeiten einer humaneren Abschiebep Praxis

ch. MAINZ-BINGEN — Als der „runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit“ ins Leben gerufen wurde, war die Absicht, die Probleme Nichtdeutscher im Kreis Mainz-Bingen zu verringern, wenn nicht gar zu verhindern. Der Name ist Programm. Bei der jüngsten Sitzung in der Kreisverwaltung entstand indes zeitweilig ein etwas verzerrtes Bild hiervon.

Klaus M. Pütz nämlich meldete sich zu Wort und betonte, die Bundesrepublik sei eben kein klassisches Einwanderungsland. Man solle sich vor Augen führen, welchen Restriktionen Auswanderer zum Beispiel in Australien oder Kanada zu begegnen hätten. Michael Reitzel (SPD) schlug in die gleiche Kerbe und rechnete vor, daß der Aufenthalt eines Menschen, dessen Asylbegehren abgelehnt werde, den Staat inklusive Rückflug gut 50 000 Mark koste. Beide sprachen zudem vom „einfachen Mann auf der Straße“, dem deutsches Asylrecht womöglich

zu lasch und der dafür betriebene Aufwand zu hoch erscheine.

Dieses Argument rief dann die Mehrzahl der übrigen Teilnehmer auf den Plan. Dabei leugneten sie nicht, daß ein Asylbewerber, dessen Aufnahmebegehren per Gerichtsbeschluß abgelehnt wurde, wieder in sein Heimatland abzuschieben sei. Das „Wie“ allerdings und der in Einzelfällen drastische Gebrauch der Rechtsmittel wurden heftig kritisiert. Uta Springstube-Reimann (Bündnis 90/Die Grünen): „Nacht- und Nebel-Aktionen sind bestürzend und abzulehnen.“

Landrat Claus Schick berichtete, die Anerkennungquote der im Landkreis Mainz-Bingen lebenden Asylbewerber habe 1994 bei 10 Prozent gelegen. Abschiebungen gehörten daher zwangsläufig zum, wenn auch unangenehmen, Alltag der Ausländerbehörde, wobei streng nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verfahren werde. Diese Umsetzung der Gesetze und Bestimmungen von

Bund und Land würden bei den Betreuungsgenerationen und einzelnen Mitbürgern bisweilen auf Unverständnis stoßen. Jedoch ließen sich die unschönen Begleiterscheinungen im Zusammenhang mit einer Abschiebung größtenteils vermeiden, wenn mehr abgelehnte Asylbewerber das Angebot der Ausländerbehörde annähmen, die Ausreise in Zusammenarbeit mit der Behörde und einer Betreuungsgeneration selbst in die Hand zu nehmen.

Anhand zweier Beispiele erläuterte Schick, was zu tun ist, wenn ein Asylbegehren abgelehnt wurde. Wichtigste Voraussetzung sei hierbei die Bereitschaft der Betroffenen zur Mitarbeit, was sich insbesondere bei der Paßbeschaffung zeige. In Gesprächen mit der Ausländerbehörde ließe sich auch der Zeitpunkt der Ausreise abstimmen. Eine weitere Station sei ein Antrag bei der IOM (International Organization for Migration), um Geld für die freiwillige

Rückreise zu erhalten. Die IOM ist ein von der Bundesregierung eingerichteter Fonds.

Auf die tragende Rolle, die in solchen Fällen den betreuenden Organisationen zukommt, wies der Landrat die anwesenden Vertreter dieser Verbände hin. Mit ihrer Unterstützung lasse sich eine Ausreise abwickeln, die unspektakulär und für alle Betroffenen befriedigender verlau-

fen könne. Das Ergebnis der Zusammenkunft am runden Tisch ist es nun, den Kontakt zwischen Betroffenen, der Behörde und den Helferorganisationen noch enger zu knüpfen und diejenigen Asylbewerber, deren Ausreise nicht mehr zu verhindern ist, mittels Informationsblättern (in mehreren Sprachen) über Möglichkeiten einer komplikationslosen Rückreise zu unterrichten. Härtfälle sollen künftig durch eine noch intensivere Prüfung der Sachlage so weit wie irgend möglich vermieden werden.

Zur Rentenpolitik der Bundesregierung und zum Euro:

Sparwille wird bestraft

Der Betrug an der deutschen Bevölkerung hat Methode. Niemals ging es den Deutschen so gut, als es noch alleiniges Verfügungsrecht über seine heimische DM-Währung hatte. Deutschland wird bevormundet durch die Gemeinschaftswährung Euro von einem Italiener namens Draghi. Deutschland zahlt zu 27 Prozent in die Brüsseler Kasse ein. Deutschland

übernimmt den Zuzug von 1,2 Millionen Flüchtlingen aus vornehmlich muslimischen Ländern. Andere europäische Mitgliedstaaten entziehen sich dieser Verantwortung zusehends.

Meine Frau brachte drei Kinder zur Welt und wird dafür mit gerade einmal etwas über 100 Euro monatlich abgespeist. Demzufolge arbeite ich vollzeitlich mit bald 80 Jahren, um der Altersarmut vorzubeugen. Als Rentner zahle ich doppelt Krankenkasse. Da ich als Vereinsvorsitzender und Herausgeber einer theologischen Fachzeitschrift sozialversicherungspflichtig bin, zahle ich dennoch

Rentenversicherungsbeiträge, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Man wird sozusagen bestraft und doppelt zur Kasse gebeten, wenn man dem Arbeitgebervertreter Gunkel Folge leistet und über die Lebensarbeitszeit hinaus einer Beschäftigung nachgeht.

Es ist nicht nachvollziehbar, wenn deutschen Staatsbürgern Altersarmut droht, während Deutschland sich an einer dritten Marge von 86 Milliarden Euro an dem griechischen Schuldendebakel beteiligt und zudem weitere Milliarden zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung

stellt. Dabei bestraft die EZB den Sparwillen der deutschen Bevölkerung, indem sie nur noch 0,25 Prozent Zinsen für Spareinlagen mit sinkender Tendenz zulässt. Der deutsche Michel ist zum Esel für ein Europa avanciert, das vornehmlich von dieser Eselei profitiert. Da verwundert es nicht, wenn die Bundeskanzlerin Merkel nicht nur in Europa für ihre Generosität gelobt und bewundert wird – wohlgemerkt dies alles auf Kosten des braven deutschen Steuerzahlers.

*Klaus M. Pülz
Guntersblum*

Aufruf in eigener Sache

Bewußt haben wir für unsere Israel-Publikation "Bote Neues Israel" keine Abonnementsgebühr erhoben, obschon uns zur Herstellung dieser anspruchsvollen Zeitschrift und für deren Versand Kosten entstehen.

So ist es verständlich, daß wir nunmehr bei jenen Beziehern Bilanz ziehen müssen, die uns bislang noch keine Spende weder für die Zusendung unserer Schrift noch zur Unterstützung unseres evangelistischen Verkündigungsdienstes in Israel hatten zukommen lassen oder ihre finanzielle Unterstützung vor längerer Zeit kommentarlos eingestellt haben. In einem solchen Fall müssen wir davon ausgehen, daß bei diesen Beziehern kein Interesse an unserem Werk besteht.

Um diesen Eindruck zu korrigieren, erwarten wir von jenen Beziehern in den nächsten Tagen einen Kostenbeitrag, wobei Sie von dem Einzahlungsschein Gebrauch machen können, der Ihnen mit unserer Zeitschrift jeweils zugeht.

Wir nehmen uns allerdings die Freiheit heraus, Bezieher dann zu stornieren, die unseren Aufruf weiterhin ignorieren.

Uns geht es nicht um eine möglichst hohe Auflagenzahl, da unsere Politik darin besteht, nur wirklich solchen christlichen Israelfreunden diese kostspielige Zeitschrift zugänglich zu machen, die an einer wahrheitsgemäßen und bibelkonformen Berichterstattung über Israel interessiert und dankbar sind.

Z e L e M - Verein zur Förderung des
Messianischen Glaubens in Israel e.V.

gez. K. M. Pülz
Geschäftsführender Vorsitzender